Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag** früh, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№. 96. **Freitag, den 21. Juni.** **1867**

Die sehr wichtigen Steuerfragen,

welche den Reichstag des norddeutschen Bundes bei seinem Zusammentritt beschäftigen werden, nehmen schon jetzt die Aufmerksamkeit der Wähler des Landes in Anspruch. Das ist gut — und wir wünschten sogar, daß die Liberalen sich aller Orten mit diesen tief in das Leben und die Verkehrsverhältnisse des Landes einschneidenden Fragen gründlich beschäftigen und es unterlassen sich gegenseitig anzufeinden. Man spricht übrigens nicht blos von einer Erhöhung der Tabaksteuer (die Breslauer Handelskammer hatte im vorigen Jahre schon die jetzige Tabakssteuer für zu hoch erklärt), sondern auch von einer Erhöhung der Steuer auf Zucker und Spirituosen. Sehr richtig sagt die „lib. Corr.": „Wir hören schon ganz officiös von der Einführung einer neuen Steuer sprechen. Ein Steuerrath kündigt den versammelten Tabaksfabrikanten schon eine vom Finanzminister ausgearbeitete Steuervorlage auf Tabak an, ja, theilt ihnen schon alle Details über die Höhe der Stener und die Art ihrer Erhebung mit. aber kein Wort hört man aus den officiellen Kreisen, keine Zeile liest man in den zahlreichen officiösen Organen, die von dem Aufgeben einer der bestehenden Steuern redet. Wozu sollen wir denn in Preußen eine neue Steuer haben, da unser Budget seit Jahren sehr große Ueberschüsse der Einnahmen über die Ausgaben aufgezeigt hat? Diese Ueberschüsse haben es möglich gemacht, die Reorgnisation der Armee durchzuführen, den Krieg von 1864 zu führen, ja, diese Ueberschüsse haben es der Regierung sogar möglich gemacht, den Krieg von 1866 zu beginnen, ohne daß sie für außerordentliche Mittel zu sorgen brauchte. Diese Ueberschüsse bedingen mit einem Worte die ganze Geschichte der letzten 7 Jahre. Diese Ueberschüsse wurden vorbereitet durch die Gebäude= und Grundsteuer, und wenn auch alle andern Zweige unsers Staatseinkommens unter dem Einfluß der glücklichen volkswirthschaftlichen Entwickelung schon ohne die Gebäudesteuer Ueberschüsse über die Ausgaben gewährt haben würden, so sind dieselben doch nur durch diese Steuer zu dieser außerordentlichen Höhe gebracht. Jetzt sollen wir nun eine höhere Tabakssteuer bekommen, weil, wie es heißt, die andern deutschen Staaten eine neue Einnahmepuelle haben müssen, um die durch die Norddeutsche Bundesverfassung so sehr gewachsenen Militairkosten tragen zu können. Dasselbe Verhältniß gilt für die süddeutschen Staaten, die ja zu einer ähnlichen, die Kosten sehr vermehrenden Heeres=Reorganisation verpflichtet sind. Wozu sollen wir aber in Preußen eine neue Steuer haben, da doch unsere Militairkosten durch die Norddeutsche Bundesverfassung nicht erhöht werden? Wenn auch die uns in Aussicht gestellte Erleichterung der Militairlasten nicht eintritt, so stellt uns doch der Wortlaut der Verfassung wenigstens keine weitere Vermehrung in Aussicht. Wenn also von einer neuen Steuer in Preußen die Rede sein soll, so muß gleichzeitig die Abschaffung oder die wesentliche Verminderung einer der bestehenden Steuern bewirkt werden, und es ist Pflicht der ganzen liberalen Partei in allen Fractionen, besonders aber die Pflicht der ganzen liberalen Presse, ihre Stimmen gegen eine neue und größere Belastung unseres Volkes zu erheben!"

Zur Situation.

Kaum dürfte mehr zu besorgen sein, schreibt die „N. fr. Pr.", daß eine Trauerbotschaft aus Mexiko die Ausführung der Pariser Reise des Kaiserpaares vereiteln werde. Es liegen positivere Anhaltspunkte vor, welche beinahe die Gewißheit gewähren, daß für Kaiser Maximilian's Leben von der gegen ihn eingeleiteten kriegsgerichtlichen Untersuchung eine Gefahr nicht mehr zu befürchten ist. Man erzählt nämtich, es sei dem kaiserlichen Hofe ein Telegramm zugekommen, worin Kaiser Maximilian jelbst anzeigt, daß er sich in Kriegsgefangenschaft befindet und sich einer dem Gebrauche und den Gesetzen civilisirter Nationen vollkommen entsprechenden Behandlung zu erfreuen habe. — Der Vermittelung des Washingtoner Cabinets ist es wohl in erster Linie zu danken, wenn Kaiser Maximilian in die Lage versetzt wurde, direct mit Wien zu correspondiren. Das Wichtigste ist, daß man über das Schicksal Maximilians nun einigermaßen beruhigt ist. Das Uebrige wird sich finden, falls die Freilassung des Kriegsgefangenen überhaupt an Bedingungen geknüpft werden sollte.

— Es wird behauptet, daß der ehemalige Herzog von Nassau die fast zum Abschluß gediehenen Verhandlungen über seine Abfindung plötzlich abgebrochen hat. Er sowohl, wie der entthronte König von Hannover, der sich ebenfalls zu Verhandlungen herbeigelassen hatte, haben sehr hohe Ansprüche erhoben. In Nassao fürchtet man bekanntlich, daß dem frühern Regenten durch Ueberlassung von Domainen ein schädlicher Einfluß auf die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes gewährt werden möchte. Wir müssen aber überhaupt wünschen, daß die Länder nicht allzu hoch für die früheren landesherrlichen Familien belastet werden. Dies muß bei den Abfindundungen unbedingt berücksichtigt werden, damtt nicht am Ende beim Verschwinden einer Anzahl deutscher Staaten die Belastung des Volkes für die regierenden Familien statt abzunehmen noch wachse. Die Anerbietungen mehrerer Fürsten kleinerer Staaten, auf die Regierung zu verzichten, sollen auch hauptsächlich deshalb zu keinem Resultat geführt haben, weil übertriebene Vermögensansprüche erhoben wurden, namentlich in Betreff der Domainen, aus denen bisher ein mehr oder minder erheblicher Theil der Staatsausgaben bestritten werden mußte.

— Die „Aut. Corresp." — das neue Organ der national=liberalen Partei -- richtet an die Linke die Aufforderung zu gemeinsamer Wirksamkeit, um für die Aufgabe der Einheit und Freiheit Deutschlands einzustehen. „Die Thatsachen, heißt es in dem Artikel — die wolkengleich am po itischen Horizont aufsteigen, sprechen deutlicher als je dafür, daß die Einigung Deutschlands nicht eine bloße Frage der Zeit sei, daß vielmehr ihr Zustandekommen vom Ausland und von Oesterreich in Frage gestellt wird, und daß die preußische Regierung allein ohne die Stütze und den mächtigen Drang der Volkskraft zu schwach ist, diese Lebensfrage der Nation zu lösen. Es zeigt sich jetzt klar, wie wichtig es war, daß wenigstens der Norddeutsche Bund rasch geschaffen wurde, welche dringende Motive für die preußische Regierung vorlagen, die Concessionen an den Reichstag und an die verbündeten Fürsten so genau abzuwägen, daß sie keinen von diesen beiden verschieden gearteten und verschiedeu interessirten Bundesgenossen verlor. Dieser Thatsache trug die Linke nicht die geringste Rechnung. Vom edlen Wunsche geleitet, ein einiges und freies Deutschland rein aus der Schale der Vergangenheit und aus einem Gusse zu erhalten, hat sie nur an der einen Seite, der freiheitlichen inneren Entwtckelung, als der ihr am Meisten zugänglichen, festgehalten. Wo der Wunsch der Vater des Gedankens ist, da ist im Privatleben, wie in der Wissenschaft, in der Theorie wie im practischen politischen Leben, dem Aufbrechen zahlreicher Fehlerquellen die Bahn gegeben. Der Reichstag, der als Constituante eine Verfassung für ganz Deutschland aus dem souverainen Willen des Volkes heraus entwirft, — dieser Wunsch konnte einen thatsächlichen Boden doch nnr nach einer siegreichen Revolution und nicht nach einem siegreichen Kriege, der gegen den Wunsch der Nation begonnen wurde, finden. Und doch ist die Linke, in ihrer Weise consequent, so vorgegangen, als ob wir ein 1848 statt eines 1866 hinter uns hätten. Wenn aber jetzt mehr und mehr Thatsachen auftreten, welche beweisen, daß für die Einigung Deutschlands mit dem letzten Kriege nur der erste Anstoß gegeben war, daß zu ihrer Vollendung die preußische Regierung der Mitwirkung der gesammten Vokskraft bedarf, so tritt an alle Parteien, also auch an die liberale, an diese vor allen, der Ruf des Vaterlandes heran, alle Kräfte des Geistes und des Muthes, des Charakters und der Arbeit dieser Aufgabe zu widmen. Die Führer der Linken aber, die wir zu dieser Mitarbeit auffordern, mögen dabei bedenken, daß gerade in der politischen Hilfsbedürftigkeit der Regierung ein Moment und eine Handhabe gegeben ist, um die Rechte und Freiheiten des Volkes, die beim ersten Compromiß verkürzt oder unentwickelt geblieben sind, mit der gesammelten Kraft der großen liberalen Partei zu erringen."

— Die Wiener „Presse" vom 19. d. Mts. theilt mit, daß in den Konferenzen, welche bei der jüngsten Anwesenheit der Souveräne von Preußen und Rußland in Paris zwischen den Ministern Frankreichs Rußlands und Preußens sowie in den Botschaften Englands und Oesterreichs stattgefunden haben, eine Einigung über die Verbesserung der Christen in der Türkei nicht erzielt, sondern nur beschlossen sei, den Einfluß der vom Sultan ergriffenen Maßnahmen abzuwarten. — Der von den Gesandten Rußlands, Frankreichs, Preußens und Oesterreichs der Pforte am 15. d. M. unterbreitete Vorschlag, die Verhältnisse in Kreta durch eine Enquête=Kommission zu prüfen, ist keineswegs vermittelst indentischer Noten erfolgt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die „Börsenzeitung" versichert nach zuverlässiger Mittheilung, daß der Kaiser Napoleon die Einladung nach Berlin zu kommen, bestimmt angenommen habe und im Laufe des Monats Oktober dortselbst eintreffen werde.

— Die „Lib. Korr." meldet: „Die schon seit längerer Zeit von verschiedenen Seiten gegebene Anregung, einen „Wahlverein der deutschen Fortschrittspartei" zu bilden, hat am Sonnabend durch Mitglieder der Wahlvorstände der Berliner Reichswahlbezirke bei der letzten Wahl einen Anfang zur Ausführung gefunden. Man hat sich über Stntuten vorläufig geeinigt, die an sich äußerst einfach sind, wird dieselben nun möglichst schnell nicht blos in Berlin, sondern auch nach Außen verbreiten, und wird in 14 Tagen etwa die Theilnehmer zu einer Versammlung berufen um den Verein regelmäßig zu gründen.

§ 1. Zweck des Vereins. Der Wahlverein der deutschen Forttschrittspartei hat die Aufgabe, die Grundsätze der deutschen Fortschrittspartei im Volke zu verbreiten und dadurch bei den Wahlen zum Reichstag, zum Abgeordnetenhause und zu andern Vertretungen die Wahl von Männern durchzusetzen, welche sich zu diesen Grundsätzen bekennen und kein Recht des Volks aufgeben. Die deutsche Fortschrittspartei beharrt bei den Grundsätzen und in der Verfolgung der Aufgaben, welche ihr Programm vom 9. Juni 1861 aufgestellt hat nnd findet in Bezug auf die Reform der Verfassung des norddeutschen Bundes die Aufgaben der Partei in dem beilder Verhandlung über diese Verfassung im Abgeordnetenhause gestellten Antrag Waldeck Hoverbeck Virchow vorgezeichnet. § 2. Mitgliedschaft. Die Mitgliedschast wird erworben durch einen Beitrrag von mindestens jährlich einem Thaler, vierteljährlich 7½ Sgr. oder monatlich 2½ Sgr., der pränumerando zu zahlen ist. § 3. Sitz des Vereins. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin. § 4. General=Versammlung. Die General=Versammlung wählt jährlich einen Vorstand von drei Mitgliedern und einen Ausschuß von zehn Mitgliedern, der in Verbinmit dem Vorstand noch weitere zehn Mitglieder cooptiren kann. Bis zur ersten General=Versammlung wird Vorstand wie Ausschuß von den Gründern bestellt. § 5. Geschäftsführung. Der Vorstand hat die regelmäßige Geschäftsführung zu leiten und besonders bei den Wahlen die Thätigkeit der Vereinsmitglieder anzuregen und zu ordnen. Er hat ferner die Aufstellung der Mitgliederlisten zu bewirken, Geschäftsführer und zwar mindestens einen in jedem Reichswahlbezirk zu bestellen, die Einziehung der Beiträge durch denselben zu bewirken, jährlich eine Generalversammlung zu berufen, gemeinsam mit dem Ausschuß die Tagesordnung für dieselbe festzusetzen und die Vorlagen vorzubereiten. § 6. Verwaltung und Verwendung der Beiträge. Zwei Drittel der eingehenden Beiträge bleiben in der Kasse des Geschäftsführers jedes Reichswahlbezirks reservirt und werden dort für die Wahl des Kreises durch Verbreitung vor Schriften, für Reisen u. s. w. unter Buzie=

hung von Vertrauensmännern des Kreises verwendet. Der Geschäftsführer hat die Kasse nach Anordnung des Vorstandes zu verwalten und demselben alljährlich darüber Rechnung zu legen. Ein Drittel der Beiträge fließt in die Vereins-Hauptkasse, welche der Vorstand nach den Beschlüssen des Ausschusses zu verwalten und darüber einem von der jedesmaligen Generalversammlung besonders zu wählenden Ausschuß von drei Mitgliedern Rechnung zu legen hat. § 7. Versammlungen. Die Geichäftsführer sind verpflichtet, von Zeit zu Zeit Versammlungen zu veranstalten, damit in diesen die Aufgaben des Vereins in Bezug auf die lokalen und allgemeinen Angelegenheiten besprochen und die Beschlüsse gefaßt, so wie Anträge an den Vorstand und die Generalversammlung gestellt werden können. § 8. Statuten-Aenderung. In jeder Generalversammlung könneu zwar die Statuten abgeändert werden, die in derselbeu zur Beschlußnahme zu stellenden Anträge müssen indeß bei der Einladung zur Generalversammlung den Mitgliedern bekannt gemacht werden.

— Von offiziöser Seite wird wiederholt eine neue Regelung der Zeitungssteuer in Aussicht gestellt. So heißt es in einer Mittheilung der „Köln. Ztg." von hier: „Mehrere Blätter sprechen von Anordnungen, welche von der Regierung in Bezug auf die Zeitungssteuer in den neuen Landestheilen getroffen worden seien, durch welche für diese Provinzen eine Ausnahmestellung begründet werde. Es ist eine durchaus irrthümliche Auffassung des Sachverhältnisses. Wenn vorläufig jene Steuer noch nicht auf die neue einverleibten Länder ausgedehnt worden ist, so folgt daraus doch keineswegs, daß es die Absicht wäre, diesen temporären Unterschied zwischen den älteren und neuen Landestheilen fortbestehen zu lassen, sondern nur, daß über die Regelung dieser Angelegenheit der Beichluß des Staatsministeriums noch bevorsteht. So lange dies nicht geschehen ist, darf man wohl um so mehr auf die Bestätigung der Andeutungen schließen, welche von kompetenten Kreisen aus über die Absicht der Regierung gemacht worden sind, diese Steuerfrage überhaupt einer neuen allgemeinen Erwägung in Hinsicht auf den ganzen Staat zu unterziehen." — Anderweitig hört man, daß aufs Neue die Einführung einer Inseratensteuer an Stelle des bisherigen Zeitungsstempels in Erwägung gezogen werde. Diese Aenderung wurde schon früher einmal angeregt, nach längeren Ermittelungen aber wieder aufgegeben.

— Die früher bestrittene Aenderung in der Verwaltnng des Marineministeriums wird jetzt auch von offiziöser Seite als eine bloße Frage der Zeit bezeichnet. Die Ausdehnung, welche sowohl dieses Ministerium wie dasjenige des Krieges durch die Konstituirung des norddeutschen Bundes erhalten haben, würden die Vereinigung beider Verwaltungszweige in einer Hand unmöglich machen. -- In der Erwartung, daß seitens der Regierung unmittelbar nach dem Beschlusse des Herrenhauses über die Verfassung des norddeutschen Bundes die Aufforderung zu den Vorbereitungen für die Wahlen zum Reichstage erfolgen werden, hält der Magistrat von Berlin sich nach einer Mittheilung der „N. A. Z." bereit, mit diesen Arbeiten dann unverweilt vorzugehen.

— Der offiziöse Berliner Correspondent der „Schl. Ztg." schreibt: „Die Untersuchung der Angelegenheit des Lieutenants v. Scheve ist so günstig für ihn ausgefallen, daß er bereits auf freien Fuß gesetzt worden sein soll. Dagegen erzählt man sich vou einem jungen Hauptmann von 26 Jahren, der, obgleich er in dem letzten Kriege den Orden pour le mérite erworben, weil er bei einem Streite in einem Keller eine Ohrfeige bekommen, ohne den Austheiler derselben niedergestoßen zu haben, den Abschied habe nehmen müssen. Das Eine wie das Andere theile ich Ihnen jedoch nur unter Vorbehalt als ein On dit mit." Die Nachricht von der Freilassung Scheves ist sehr unwahrscheinlich. Nach dem Berliner Polizeiblatt wird die eingeleitete Untersuchung nach Möglichlichkeit beschleunigt, so daß die kriegsgerichtliche Entscheidung binnen Kurzem erfolgen wird.

— Das in den „Hamb. Nachr." mitgetheilte Telegramm, Napoleon habe seinen Gästen eine Reducirung der bewaffneten Macht vorgeschlagen und sich, nachdem Preußen und Rußland ihre Bereitwilligkeit, über diese Angelegenhett zu verhandeln, erklärt, die Formulirung bestimmter Vorschläge vorbehalten, findet sich auch in der ministetiellen „Karlsr. Ztg." und gewinnt dadurch an Bedeutung. Die Nachricht wird mit der hochofficiösen Notiz in Zusammenhang gebracht, welche die ministerielle „Nordd. Allg. Ztg." in diesen Tagen über die in Folge der Monarchenzusammeukunft in Paris vermehrten Friedensbürgschaften veröffentlichte. Daß in Paris die schwebenden politischen Fragen erörtert wurden, kann man nach allem, was bis jetzt verlautete, als sicher annehmen, und daß Napoleon dabei die Proposition, welche Lord Stanley wegen einer allgemeinen Entwaffnung in vertr.ulicher Weise der Londoner Conferenz gemacht haben soll, aufgegriffen und zur Discussion gebracht habe, halten wir wohl für möglich. Ob die Verhandlungen darüber aber zu einem Ergebnisse führen und ob die Vorschläge, welche Napoleon nun formuliren will, allgemeine Annahme finden werden, scheint wohl sehr fraglich. Die preußische Regierung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Verringerung des Präsenzstandes, welche mit einer Umänderung der ganzen Wehrverfassung Hand in Hand gehen müßte, wohl kaum eintreten lassen. Die Kreuzzeitung bespricht diese Frage in zwei Leitartikeln und kommt zu folgendem Schlusse: „Die Forderung einer allgemeinen Entwaffnung ist für Preußen in keiner Beziehung angebracht; wollte man ihr nachgeben, so würde man den Untergang des Staates wollen. Wir können bei allem Nachdenken uns nur einen Weg denken, die allgemeine Entwaffnung durchzuführen. Man setze nämlich einen europäischen Areopag ein und dieser decretire dann die Entwaffnung und den ewigen Frieden Europas. Will dann diese oder jene Macht nicht gehorchen, sondern Krieg führen, nun, so mag sie Krieg führen. Dem Areopag wird's dann gerade so ergehen, wie weiland dem — Szekler Landtage. Der trat in der Erntezeit zusammen, um über das schädliche Regenwetter zu berathen, und faßte endlich den tiefsinnigen Entschluß, es einstweilen noch 14 Tage mit anzusehen; habe es dann aber noch nicht aufgehört zu regnen, so möge man es ruhig — weiter regnen lassen." In solchem Tone spricht das Organ, welches zur preußischen Regierung bekanntlich innige Beziehungen hat, die Intentionen derselben also wohl kennen dürfte.

— Zu den Wünschen, deren Erfüllung das deutsche Volk seit Jahren von der Einigung Deutschlands hofft, gehört die Aufhebung der Spielbanken, welche sich noch in einigen deutschen Bädern finden. Im J. 1848 hat das Volk durch sein Organ, durch die Nationalversammlung, die Aufhebung der öffentlichen Spielbanken angeordnet, und damals wurden auch diese Institute geschlossen, allerdings nur gerade so der Form nach, wie alle Forderungen des Volkes ihre Ausführung fanden. Gleichzeitig mit dem alten Bundestage traten auch die öffentlichen Spielhöllen wieder an das Tageslicht. Seitdem sind 18 Jahre vergangen, ohne daß die wiederholt laut gewordenen Wünsche nach Aufhebung der Spielbanken bei dem Bundestage ihre Erledigung gefunden hätten. Nur Baden ist in sofern den übrigen Staaten mit gutem Beispiel vorangegangen, als dort die Contracte mit den Spielpächtern nicht verlängert wurden, vielmehr das Eingehen der Spielbank zu Baden-Baden mit dem Ablauf des Sommers 1867 beschlossen wurde. Die Hoffnungen, welche man an den Anfall Hesseu-Homburgs an Hessen-Darmstadt knüpfte, das dabei die Spielbank zu Homburg aufgehoben werden würde, hatte sich bekanntlich nicht bestätigt. Da kam das Jahr 1866 mit seiner Veränderung in der territorialen Vertheilung Deutschlands. Preußen erhielt die Oberhoheit über fünf Spielbanken: Homburg, Wiesbaden, Ems, Wilhelmsbad und Nenndorf. Die letzten beiden Banken sind nur unbedeutend und dürften wohl sehr bald durch die Theilnahmlosigkeit des Publikums eingehen. Dagegen in den drei erstgenannten Bädern steht das Spiel noch in vollem Flor und auch in diesem Jahre werden dort noch Millionen auf dem grünen Tisch geopfert. Da nun in Preußen schon seit einer Reihe von Jahren alle öffentlichen Spielbanken verboten sind, und der Staat ohne Rücksicht auf die durchaus erzielten Einnahmen die letzte der bestehenden Banken in Aachen aufgehoben hat, so hoffte man, daß eine der ersten Maßregeln des neuen Gouvernements die Aufhebung der noch bestehenden Spielbanken sein werde. Dies ist nicht geschehen. Mit dem Anfang der Bade-Saison haben auch die Bankhalter ihre Spielsäle wieder eröffnet, und der preußische Staat zählt jetzt wieder wie früher das öffentliche Hazardspiel zu seinen Einnahmequellen. Man sucht diese Erhaltung der Spielbanken zwar mit den Rücksichten auf das Wohl der betreffenden Orte und auf die Contracte der Spielhalter zu motiviren, aber wir wollen hoffen, daß diese Rücksichten nicht mehr lange die allgemein gewünschte Aufhebung der Spielbanken aufhalten wird.

Baiern. Der bairische Partikularismus benutzt jetzt auch wieder die Rekonstruktion des Zollvereins, um seinen Haß gegen Preußen geltend zu machen. Wir finden dieselben Elemente, die bei jeder Gelegenheit sich gegen das Aufgehen Baierns in Deutschland oder gegen den norddeutschen Bund oder gegen die enge Verbindung mit Preußen immer geltend machen, also Ultramontane, militärische und büreaukratische Partikularisten jetzt wieder in der Zollvereins-Sache in Bewegung, diesmal aber noch verstärkt durch die Schutzzöllner, die einen Freihandels-Tarif in dem projektirten Zollparlamente unter dem Einfluß der Vertreter Norddeutschlands entstehen zu sehen fürchten. Die Partikularisten in Baiern sind sehr unklug, sich gerade die Zollvereins-Sache als erstes Probestück für ihre Kraft zu wählen. Auf keinem andern Gebiete finden sie Norddeutschland so einig, ja auf keinem anderen Gebiete wird die preußische Regierung so von dem Volke gedrängt, den Einfluß der Macht unserer Staates zur vollen Geltung zn bringen, als gerade in der Handelspolitik und in der Zollvereins-Sache. Mögen die Herren nicht vergessen, daß es in Preußen gerade eine große Partei, zusammengesetzt aus den verschiedensten politischen Partein, giebt, die um keinen Preis läuger von dem Veto irgend einer einzelnen Regierung, die nur eine kleine Minorität des ganzen Zollvereins repräsentirt, beherrscht werden will und die selbst vor der Drohung, daß Baiern aus dem Zollverein ausscheiden könnte, durchaus nicht erschreckt.

Oesterreich.

— Die Krönung in Pest wird in der „Saturday Rewiew" als einer der größten Triumphe in der ganzen konstitutionellen Geschichte gefeiert, der nur in der englischen Geschichte ein Beispiel finde. Ungarn allein habe von allen Nationen Europas seine Gesetze werth gehalten und es sei ihm gelungen, die von den Vätern ererbte freie Regierung mit englischer Zähigkeit erfolgreich zu wahren. Daß die alte Philosophenbehauptung, der Konstitutionalismus sei ein Eigenthum der germanischen Race, in diesen Tagen durch ein Volk, das seinem Ursprunge nach weder germanisch, noch europäisch sei, eine sehr tröstliche Erscheinung, da es noch immer Viele gebe, die sich von der Idee nicht losmachen können, es sei keine Freiheit möglich für eine Nation, die nicht in Tacitus Germania beschrieben worden.

Belgien.

— Dem „Fr. J." schreibt man: Wir erfahren von gut beglaubigten Ohren- und Augenzeugen, daß gestern bei der Ankunft des Königs von Preußen in der Rue du Midi, auf dem Platze de la Monnaie und in der Rue neuve hier und da der Ruf: „Es lebe Hannover!" ertönt hat. Diese ungeziemende Demonstration wurde durch eine Scene im Nordbahnhof bei der Abfahrt des Königs noch übertroffen. Der königliche Hauptwagen, worin Leopold II. mit Wilhelm I. und dem Grafen von Flandern saß, wurde mit starkem Pfeifen begrüßt. Im Bahnhofe selbst drängte sich Kopf an Kopf: doch enthielt man sich jedes Zeichen des Beifalls oder des Mißfallens. Kaum aber hatte König Leopold sich von seinem Gaste verabschiedet und in seinem Wagen unter den Klängen der Brabançonne den Bahnhof verlassen, so brach die versammelte Menge in den tausendstimmigen stürmischen Ruf: „es lebe Belgien!" „es lebe der König!" aus, so daß einige Minuten lang die Hofwagen gar nicht vom Platze wegkommen konnten. Der Lärm, das Rufen, das Jauchzen rc. war so groß, daß der König von Preußen und Hr. v. Bismark gewiß noch den Spectakel mit angehört haben. Unsere hiesigen Blätter verschwiegen diese Zwischenfälle; aber sie sind uns von glaubwürdigen Zeugen verbürgt.

Frankreich.

— Im gesetzgebenden Körper wurde am 15. d. M. der Bericht über das Preßgesetz niedergelegt. Derselbe lautet in seinen Hauptpunkten, wie folgt: Art. 1 erklärt, daß jeder volljährige Franzose ohne vorherige Ermächtigung eine politische Zeitschrift veröffentlichen kann. Art. 2 enthält die legalen Verpflichtungen, welche man vor dem Erscheinen des Journals erfüllen muß. Art. 3 reducirt den Stempel für die Pariser politischen Journale von 6 anf 5 Centimes und für die politischen Provinzblätter von 3 auf 2 Centimes. Die nicht politischen bedürfen keines Stempels, wenn sie ohne Annoncen erscheinen. Art. 7 bestimmt, daß im Augenblicke, wo die Ausgabe eines Journals erscheint, Pflicht-Exemplare bei der Behürde niedergelegt werden müssen. Art. 8 besagt, daß kein Mitglied des gesetzgebenden Körpers oder des Senates ein Journal als Gerant unterzeichnen darf. Art. 9 bestimmt, daß jedes Journal, welches einen Artikel von einer Person bringt, die ihrer bürgerlichen und politischen Rechte beraubt oder des Landes verbannt ist, mit 1000 bis 5000 Franken Strafe belegt wird. Die Art. 10, 11, 12, 13 und 14 enthalten die bereits bekannten äußerst harten Strafbestimmungen: die Gefängnißstrafe kann nicht verhängt werden, aber die geringste Geldstrafe beträgt den fünfzehnten Theil seiner Caution (in Paris also 3333⅓ Franken) und die höchste die Hälfte der Caution (in Paris 25,000 Franken.) Die nicht politischen Blätter können mit einer Geldstrafe von 500 bis 10,000 Franken belegt werden. Jedes Individunm, welches wegen eines in einem nicht politischen Blatte veröffentlichten Artikels verurtheilt wird, kann seiner Wahlrechte bis zu 5 Jahren beraubt werden. Ein Journal, welches wegen eines Verbrechens verurtheilt wird, ist von Rechtswegen unterdrückt. Es schließen sich dann die Fälle an, wo ein Journal suspendirt werden kann. Art. 15. bestimmt die Abschaffung des Buchdrucker-Patens. — Während der König Wilhelm in Paris war, wurden nahezu 500 Gesuche um Verleihung preußischer Orden auf der preuß. Gesandtschaft eingereicht; die Leute waren theils Franzosen, theils Fremde, welche die Gelegenheit benutzen wollten. Auch an 200 Gesuche um eine Audienz wurden an den Grafen Bismarck gerichtet; er hat aber kaum zehn dieser Gesuchsteller zu sprechen Muße gefunden. — In tendenziöser Weise wird — so schreibt man der „Köln. Ztg." — von österreichischer Seite eine Aeußerung des Fürsteu Gortschakoff colportirt, die dieser in einer Besprechung mit Marquis de Moustier habe fallen lassen. „Glauben Sie nicht", hatte der russische Staatsmann gesagt, „daß wir in Petersburg die preußischen Vergrößerungen mit so gar günstigen Augen betrachtet haben und noch betrachten. Im Gegentheil, sie haben uns viel zu denken gegeben und Frankreich kann unserer Uebereinstimmung sicher sein, wenn es, selbst auf jede Gebiets-Erweiterung verzichtend, die preußische Bewegung gemäß dem Prager Frieden an den Ufern des Mains aufzuhalten gedenkt!" In französisch-diplomatischen Kreisen giebt man zu, daß eine ähnliche Aeußerung gethan worden, ohne sich indeß näher darüber auszulassen, ob dieselbe in so bestimmter Weise durch Fürst Gortschakoff formulirt worden.

— Die plumre Fassung der Note des „Moniteur", welche die Abreise des Königs von Preußen erwähnt (vgl. unteu), hat allgemeines Staunen hervorgerufen; es fragt sich, ob die Schuld allein den Redakteur trifft, der mit der Formulirung dieser Mittheilung betraut war. Man pflegt gerade in solchen Notizen jeden Ausdruck genau abzuwägen; um so unbegreiflicher erscheint dieser Verstoß. — „Wir haben, sagt er, unterlassen, Bericht zu erstatten über die Abreise des Königs von Preußen, welcher Paris am 14. um 10 Uhr Morgens verlassen hat. Der König hatte gewünscht, daß seine Abreise ohne Ceremonie stattfinde. Der Kaiser begleitete ihn zum Nordbahnhof, wo mehrere hohe Beamte und Freiherr von Rothschild sich eingefunden hatten. König Wilhelm dankte dem Kaiser lebhaft für die Aufnahme, welche er in Paris gefunden. Die beiden Souveräne trennten sich in der herzlichsten Weise." — Diese Note und eine andere über die Unpäßlichkeit des Kaisers haben in Börsenkreisen einen etwas verstimmenden Eindruck gemacht. Was das Befinden des Kaisers betrifft, so sagen die offiziö-

sen Blätter die Wahrheit; das Unwohlsein war vorübergehen und wäre gar nicht öffentlich zur Sprache gebracht worden, wenn man nicht die Anwesenheit des Kaiser bei dem Empfang des Vicekönigs von Aegypten hätte erklären wollen. Dagegen mußte allerdings die den König von Preußen betreffende Notiz in einem Blatte, wie der „Moniteur", Aufsehen machen; der König wird darin nicht ein einziges Mal mit seinem Majestätstitel genannt und die ersten Worte: „Wir haben unterlassen über die Abreise des Königs von Preußen zu berichten", sind von so anstößiger Unart, daß man sich bereits veranlaßt sah, sie für den „Abendmoniteur" zu streichen.

— Der „Figaro" erzählt Folgendes: „Vor einigen Tagen promenirte Herr Thiers im gesetzgebenden Körper und unterhielt sich mit einem der Minister im Amte (es war Rouher). „Die Regierung des Kaisers," meinte Thiers, „hat wenigstens ein Verdienst, sie hat einen großen Minister geschaffen." — Rouher nahm dieses Lob für sich und machte eine leichte Verbeugung. „Ich will sagen,," fuhr Thiers fort, „zwei große Minister." Noch sicherer, daß Thiers ihn ebenfalls meine machte Rouher von Neuem eine Verbeugung, aber das boshafte Männchen fügte hinzu: „Ja! zwei große Minister: Cavour und Bismarck." Diesmal blieb die Verbeugung aus."

Italien.

— Der Papst war kurz vor dem Pfingstfest erkrankt, so daß er nicht fungirte, nicht einmal die Privatmesse in seiner Kapelle las. Er ist indeß wieder hergestellt und guten Muthes. Seine Aerzte fürchten die Folgen der Aufregung und Anstrengung, die seiner warten. — Unterdeß hat sich die Stadt bereits mit vielen Geistlichen gefüllt. Wie es scheint, sind sämmtliche Patriarchen der katholischen Christenheit bereits anwesend. Man sieht viele Spanier, Armenier, Südamerikaner, Orientalen. Die fremden Gesichter und zum Theil sehr reichen und phantastischen Kostüme dieser Erzbischöfe von Erzerum, Heliopolis, Thyrus und Sidon, von Aleppo, Antiochien, Trapezunt und Jaffa, die sich meist von halbtürkisch gekleidetem Gefolge begleiten lassen, sind in den Straßen Roms etwas durchaus ungewohntes und erinnern an die Zeiten des Athanasius oder Photius. Dazu die Namen dieser Herren: Mashad, Balitian, Italipgain, Zaffron, Giureghian, Melchisedechian, Malah und dergleichen mehr. Welche Ideen und Anschauungen werden diese Bischöfe nach Rom bringen? Die abendländische Civilisation dürfte ihnen nicht minder fremd sein, als sie es für die Japanesen ist, welche die Pariser Ausstellung besuchen. Während nun nach Rom die Häupter der Hierarchie aus allen katholischen Provinzen der Welt zusammenströmen, um den bedrohten Thron des Papstes zu umstellen, bereiten dessen Feinde in Italien eine freimaurerische Gegendemonstration. Denn diesen Sinn und Zweck hat wohl der von Garibaldi zum 21. Juni nach Neapel berufene Freimaurerkongreß. Die Gegensätze können nicht schärfer ausgesprochen werden. Die Geschichte der Gegenwart wird diese Manifestationen zu verzeichnen haben. Sie sind der Aufmerksamkeit werth. Garibaldi hat auch einen Protest, in Form eines Memorandums an die Gesandten in Florenz gerichtet, worin er in seiner Eigenschaft als General des römischen Volkes gegen alle Akte protestirt, welche sei 1849 in Rom vollzogen sind, oder die Rechte der Römer auf ihre staatliche Selbstbestimmung beeinträchtigt haben. Zugleich wird berichtet, daß überall in den Städten Italiens Werbebureaus für die Invasion des Kirchenstaats errichtet werden. Daß man diese doch noch vor dem Beginn des großen Priesterfestes in Scene zu setzen wagen wird, möchten wir jedoch zn bezweifeln starke Gründe haben.

— Rom, den 17. Juni. Der Pabst hat heute die Glückwünsche der Cardinäle nnd Bischöfe zur Jahresfeier seiner Thronbesteigung entgegengenommen. Auf die Ansprache derselben erwiederte der heilige Vater: Er habe während seines Pontificats kämpfen müssen gegen die Feinde der Religion und des heiligen Stuhls, gegen die Feinde jeder socialen Ordnung, welche theils darnach streben, ausschließlich das materielle Wohlbefinden zu fördern, theils aber den völligen Umsturz der Principien der Autorität, der Gerechtigkeit und der Religion, sowie den Raub der alten Besitzthümer der Kirche zu ihrem Zweck machen. Er habe es versucht, die verirrten Geister durch die Encyklika, welche die Fundamentalgrundsätze des Rechts und der Religion angeben, wieder zu sammeln. Der Papst schloß seine Ansprache mit folgenden Worten, die er in tiefer Bewegung aussprach: „Ehrwürdige Brüder! ich bitte Euch, verdoppelt Eure Gebete, um von Gott und der unbefleckten Jungfrau zu erlangen, daß sie uns befreien von den schweren Gefahren, die uns umgeben. Als Stattbalter Christi werde ich mit diesem Gebete stets die Hände zum Himmel erheben: helfet, mir, schaaret Euch um mich, damit wir gemeinsam streiten und triumphiren können."

Türkei.

— Der Aufstand auf Creta gewinnt, wie der „Triester Zeitung" geschrieben wird, immer mehr an Ausdehnung; Freiwillige strömen zu aus allen Städten und Dörfern Griechenlands, in den letzten 14 Tagen sollen über ,4000 gut bewaffnete und entschlossene Männer nach der Insel abgegangen sein. Die Insurgenten haben nun die Offensive ergriffen; sie können es jetzt ohne Gefahr thun, da sie ihren Rücken gedeckt haben. Drei große Insurgentenlager sind gebildet' das eine in der Provinz Apokorona mit 4000 Mann, das zweite bei Rethymno mit 5000 Mann und das dritte auf den Höhen von Laßithi mit 6000 Mann. Befehlshaber dieser drei Lager sind Zimbrakakis mit den sphakiotischen Häuptlingen, Coroneus und Corakos mit Dimitrakorakos, einem Verwandten der Mauromichalis und Major in der griechischen Armee. Nach den neuesten Nachrichten, die wir Donnerstag erhielten, hatte Omer Pascha vor, die Stellungen von Laßithi anzugreifen; ob er aber, wie es in Canea hieß, den Angriff unternommen habe und mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden sei, kann man noch nicht verbürgen. Jedenfalls ist die Expedition Omer Pascha's in Creta als gänzlich mißlungen anzusehen; die Lorbeeren. die er in Montenegro und an der Donau sich errungen, hat der türkische General auf Creta verloren. Sein Mißlingen ist größer als jenes von Mustapha Pascha, denn dieser bat wenigstens in einigen Treffen auch gesiegt, wie z. B. bei Vafè, während jener überall nur Schlappen erlitt.

Rußland.

— Warschau. Die gehobene Stimmung, welche zu Anfang der vorigen Woche hier herrschte, hat wieder sehr umgeschlagen, und man erwartet von der Anwesenheit des Kaisers nichts mehr. Nicht wenig zu dieser beklemmenden Verstimmung trägt der Umstand bei, daß von der sogenannten Amnestie vom 17/29. Mai bis jetzt buchstäblich noch kein einziger Mensch etwas genossen hat. Selbst die in der Citadelle und in den Kasematten Inhaftirten, deren Prozesse noch in der Schwebe sind, welche Prozesse nach dem Wortlaut der „Amnestie" niederzuschlagen sind, ist noch kein Einziger entlassen worden. Die Herren Officiere der Untersuchungscommission haben die vorbereitenden Formalitäten hierzu so weitläufig angelegt, daß noch lange Zeit vorbeigehen wird, bis vom Oeffnen der Thore der Citadelle die Rede sein wird.

— Der Kaiser ist am 17. d. Mts. in Warschan mit großem Enthusiasmus empfangen worden.

Amerika.

— New=York, den 17. Juni. Maximilian wünscht, vor einen National=Congreß gestellt zu werden. Seine Verbannung ist wahrscheinlich.

— Mexiko. Der „Courrier des Etats Unis" vom 4. Juni enthält Schriftstücke, welche zwischen dem Kabinet von Washington und Juarez bezüglich des dem Kaiser Maximilian vorbehalteuen Schicksals ausgetauscht worden sind. Es geht aus denselben hervor, daß Juarez damals entschlossen schien, Maximilian und seine Gefährten nicht als Kriegsgefangene, sondern als „Verbrecher" zu behandeln. Der „Courrier des Etats Unis" hatte wenig Hoffnung, daß der Präsident sich zu humanen Gesinnungen bekehren könnte. Dagegen theilt man der Pariser „France" einen vom 5. Juni datirten Brief aus Newyork mit, welcher diesen Andeutungen widerspricht. Der Vertreter von Juärez in Washington, Herr Romero, hätte danach Herrn Seward, der sich bekanntlich lebhaft für die Rettung Maximilians verwendete, erklärt, daß er zwar noch keine direkte Antwort auf die von der Regierung der Vereinigten Staaten gemachten Vorstellungen erhalten habe; doch glaube er zu wissen, daß alle in Queretaro gefangen genommenen Ausländer, Franzosen, Oesterreicher, Belgier, nach den verschiedenen Häfen geschafft worden wären, von wo sie nach Europa abreisen sollten. Er habe die Ueberzeugung, daß der Kaiser Maximilian wie sie behandelt werden würde. Es sind dies allerdings, sagt die „France" nur sehr vage Anzeichen, aber man hält gern jede letzte Hoffnung fest.

Provinzielles.

Königsberg. An der hiesigen Universität sind in diesem Semester immatrikulirt 326 Studirende, und zwar in der theologischen Facultät 82 (2 Ausländer), in der juristischen 69 (2 Ausländer), in der medicinischen 93 (6 Ausländer), in der philosophischen 183 (4 Ausländer.)

Verschiedenes.

— **Der „schwarze Tod"**, seit 200 Jahren in den civilisirten Theilen Europa's nur in einzelnen Fällen vorkommend, tritt zum ersten Mal jetzt in Irland wieder epidemisch auf. Die charakterischen Zeichen dieser Krankheit sind purpurrothe Flecken, die schwarz werden, und deren Erscheinen gewöhnlich von einem raschen Sinken der Kräfte begleitet ist. Manchmal erfolgt der Tod in einigen Stunden, manchmal nach Verlauf von vier bis 5 Tagen. Die wenigen Fälle, welche mit Genesung endigen, dauern Wochen lang. Ueber die Ansteckungsfähigkeit sind die Meinungen der irischen Aerzte getheilt. Da die Fälle in der letzten Zeit immer häufiger werden, und bereits einen merklichen Einfluß auf den Procentsatz der Sterblichkeit zu Dublin äußern, so haben die dortigen Aerzte mehrere Berathungen gehalten, um sich über die Behandlung und etwaige Vorsichtsmaßregeln zu verständigen. Indeß ist man zu keinem Resultat gelangt.

Lokales.

— **Se. Königl. Hoheit der Kronprinz** trifft nach amtlicher Mittheilung am Dienstag, den 25. d. Mts Morgens 6½ Uhr auf dem Bahnhofe Thorn ein, inspizirt das Königl Infanterie-Reg. Nr. 61, kommt alsdann in die Stadt, nimmt hier ein déjeuné dinatoire ein und reist dann im Laufe des Nachmittags ab. — Die Stadt, znmal ihre Hauptstraßen, werden an diesem Tage, wie wir rechnen, auf das Festlichste geschmückt sein.

— **Stadtverordneten-Versammlung.** In der auf heute, Mittwoch, d. 19. d., anberaumten Sitzung hatte sich die beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern — nur 16 waren anwesend — nicht eingefunden und hat deshalb die nächste Sitzung laut § 42 der Städte-Ordnung am Sonnabend, d. 22. Nachm. 3 Uhr statt. Vor der Tagesordnung führte Herr Oberbürgermeister Körner zwar die neugewählten Stadtverordneten, die Herren Appolt, Borkowski, Engelhardt und A. Henius — Herr Reinicke jun. war verreist — durch Handschlag an Eides statt in ihr Amt ein, allein die Vers. wie der Herr Magistrats-Dirigent stimmten darin überein, daß die neueingeführten Stadtverordneten an der heutigen Berathung der Vers. nicht theilnehmen könnten, weil ihnen die Tagesordnung, wie die gesetzliche Vorschrift es erheischt, nicht zwei Tage vor der Sitzung notifizirt worden sei.

— **Die Wahlen zum norddeutschen Reichstage** stehen nach Mittheilung halboffizieller Blätter in nicht allzuweiter Zeitferne bevor und naturgemäß ist es, daß diese Angelegenheit nachgerade zur öffentlichen Diskussion gelangt.

Unsere Mitbürger polnischer Zunge beginnen bereits dieselbe nach Mittheilung in der „Gazeta Toruńska" in größeren und kleineren Kreisen in Erwägung zu ziehen. Bei ihnen formulirt sich die besagte Frage so: Sollen wir uns an den bevorstehenden Wahlen zum norddeutschen Reichstage betheiligen, oder nicht, wenigstens nicht an den nächsten? —

Der Verf. vorberegter Korresp. ist der Ansicht, daß wie auch die Entscheidung auf obige, in ernste Berathung zu nehmende Frage, ob für, oder gegen die Betheiligung an den bevorstehenden Wahlen ausfalle, schon jetzt die Agitation bezüglich derselben im Interesse der Einstimmigkeit der Wahlberechtigten polnischer Zunge beginnen müsse, insbesondere aber die kontrolirende Durchsicht der Wahllisten nicht verabsäumt werden dürfe.

Aus dem Kreise der deutschen Wahlberechtigten im Wahlbezirk Thorn-Culm verlautet über die in Rede stehenden Wahlen noch Nichts. In Privatgesprächen mag diese Angelegenheit wol schon berührt worden sein, allein eine eingehende Beschäftigung mit derselben hat öffentlich noch nicht stattgefunden. Zwar wurde der „Zukunft" (Berl. Demok. Blatt) kürzlich von hier mitgetheilt, daß die hiesigen „entschiedenen Anhänger der Fortschrittspartei" sich auf Herrn Kreisr. Chomse in Culm, den seit 1863 bewährten Abgeordneten als Kandidaten für den norddeutschen Reichstag zu einigen denken, allein wir glauben annehmen zu köuneu, daß in dieser Notiz nur der Wunsch Eines, oder Einiger der Vorbezeichneten seinen Ausdruck gefunden habe. So sehr sich auch Herr Chomse einer durch seine amtliche Thätigkeit, wie durch sein politisches Verhalten seit dem Jahre 1863 wohlerworbene und allgemeinen Hochachtung im Wahlbezieke Thorn-Culm erfreut, so glauben wir doch andrerseits in der Ansicht nicht irre zu gehen, daß er nicht die Persönlichkeit sei, auf welche sich alle deutschgesinnten Wahlberechtigten des besagten Wahlbezirks schnell und leicht einigen würden. Eine solche Einigung ist aber für den Fall, daß die polnischen Wähler sich an der Wahl betheiligen sollten, absolut nothwendig, wenn das deutsche Element im Kreise Thorn-Cnlm, wie bei der ersten Wahl, den Sieg sich wieder sichern will. Nach der zeitigen politischen Strömung zu schließen, dürfte ein der national liberalen Fraktion angehöriger Kandidat die sicherste Aussicht haben gewählt zu werden.

— **Literarisches.** Herr Oberbürgermeister Körner hat eine Broschüre unter dem Titel „Der Kriegsschaden und seine Versicherung, ein Beitrag zur Einigung deutscher Kraft." (In Commission bei Burmeister und Strempell, Berlin 1867, 27 Seiten) durch den Druck veröffentlicht. Ein näheres Referat über den Inhalt erfolgt später.

— **Mahnung zur Vorsicht.** Der „Gr. Ges." theilt mit: Seitens des Königlichen Landraths-Amtes sind nicht weniger als achtundneunzig Hausbesitzer des Marienwerder Kreises in Geldstrafen genommen worden, weil dieselben es unterlassen haben, behufs Berichtigung der Gebäudesteuer-Veranlagung, die baulichen Veränderungen ihrer Gebäude rechtzeitig dem betr. Grundsteuer-Fortschreibungs-Beamten anzuzeigen. Die Strafbestimmung stützt sich auf § 17 des Gebäudesteuer-Ges. v. 21. Mai 1861. Dieselbe lautet: „Die Eigenthümer oder Nutznießer der Gebäude sind verpflichtet, die im §. 15 gedachten Veränderungen den mit der Fortführung der Gebäude-[illegible] Rollen beauftragten Beamten schriftlich oder protokollarisch anzuzeigen und die zur Berichtigung der Rolle erforderlichen Nachrichten beizubringen. Wer die Anmeldung unterläßt, verfällt, wenn dadurch dem Staate Steuer vorenthalten ist, in eine dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer gleichkommende Geldbuße; in den übrigen Fällen in eine Geldbuße von 10 Sgr. bis 5 Thlr." Wir bemerken hier gleich noch, daß es durchaus nicht genügt, wenn durch die Ortsbehörde die Substanzveränderungen der Häuser dem betreffenden Beamten zur Anzeige gebracht werden; es muß durchaus der Eigenthümer sebst ohnehin noch die bauliche Veranderung melden, wenn er vor Strafe geschützt sein will.

— **Landschaftsraths-Wahl in Culm.** Bei der in Culm a. 17. d. M. stattgehabten Wahl eines Landschaftsraths für den Culmer Landschafts-Verband und eines Deputirten zum General Landschaftstage waren von 144 wahlberechtigten Gütern, von denen circa 75 deutschen und etwa 44 polnischer Besitzern gehören, 41 deutsche und 25 polnische Wähler versammelt. Von den deutschen wurden 36 Stimmen für Herrn Laudien auf Pogdanken und 30 Stimmen (worunter 5 deutsche) für Herrn v. Rybinski auf Debenz abgegeben. Abermals ein Beweis von der großen Rührigkeit unserer deutschen Besitzer, wenn von 144 wahlberechtigten Gütern nur 41 Stimmberechtigte erscheinen, während die polnischen Besitzer alle erschienen waren. Zum Deputirten zum General-Landschaftstage wurde Herr v. Loga Wichorze gewählt.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** (Gr. Ges.) Der Vorsitzende der Direktion der Ostbahn, Herr Löffler, traf am 19. in Graudenz mit dem Eisenbahn Baumeister Herrn Menz in Angelegenheiten des Nivellements für die projektirte Bahnstrecke Terespol-Dt. Eylau ein. Es soll sich, wie verlautet, namentlich um Feststellung des Punktes für den Weichselübergang gehandelt haben.

— **Der Pfingstmarkt** wurde heute, d. 20. d., um 11 Uhr Mittags ausgelautet. Die kleinen Geschäftsleute, welche Waa-

ren auf dem Neust. Markte feilhielten, sollen diesmal kein schlechtes Geschäft gemacht haben. Am Frohnleichnamsfeste, d. 20, war die Stadt von Landleuten aus der Umgegend troß des trüben und kühlen Wetters stark besucht.

— **Berichtigung.** An der Stadtverordneten-Wahl der 1. Wählerabtheilung betheiligten sich nicht 10 von 92 Wahlberechtigten — wie es in vor. Num. heißt —, sondern 17.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Für den Landbeschälerstall in Marienwerder** wurden auf dem letzten Königsberger Pferdemarkt vier Hengste angekauft, und zwar ein Brauner von v. Neumann-Weedern für 130 Frd'or., ein Brauner von Frau Dreßler-Schreitlauken für 100 Frd'or, ein Brauner von v. d. Goltz-Kallen, und ein Fuchs von Werdermann Corgeiten, die letzten beiden Hengste für 600 Thlr. das Stück. (Ostpr. Ztg.)

— **Münzkonferenz.** Die internationale Münzkonferenz hat sich am 17. d. zu Paris im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Vorsitze des Marquis von Moustier versammelt. Die auf derselben vertretenen Staaten sind: Frankreich, England, Oesterreich, Baden, Baiern, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Preußen, Rußland, Schweden und Norwegen, Schweiz, Türkei und Würtemberg.

— **Die falschen Zehnthaler-Darlehnskassenscheine,** welche in Danzig mit Beschlag belegt worden sind, tragen auf der Rückseite die 022,856. Das Falsificat ist auch leicht daran erkenntlich, daß das K. Wappen unvollständig und mit Dinte ergänzt worden ist, Außerdem ist der Stempel nicht ausgeprägt, sondern bildlich dargestellt, also glatt. Der verhaftete Fälscher, Photograph Lindenauer aus Kaukehmen, hat sich vielfach auf Reisen befunden und gewiß an verschiedenen Orten sein Fabrikat umgesetzt; es sind Falsificate nur noch in den letzten Tagen und in Tilsit angehalten.

— **Telegraphie.** Der „Staatsanzeiger" publicirt den Wortlaut des bereits früher von uns erwähnten Erlass'es des Herrn Handelsministers, betr. die Ermäßigung des Tarifs für Telegraphengebühren. Für die Correspondenz im deutsch-österreichischen Telegraphenverein treten vom 1. Juli c. ab in den, den inneren Verkehr betreffenden Bestimmungen folgende Veränderungen ein: „Für Depeschen von preuß. Stationen zu preuß. Stationen beträgt der Tarif der Telegraphengebühren: für die erste Zone 5 Sgr., für die zweite Zone 10 Sgr., für die dritte Zone 15 Sgr. Diese Sätze finden für Depeschen bis zu 20 Worten Anwendung. Bei längeren Depeschen tritt für jede folgenden 10 Worte oder den überschießenden Theil von 10 Worten ein Zuschlag zur Hälfte des einfachen Satzes ein. Die Zonen werden nach einem Princip gebildet, vermöge dessen die erste Zone durchschnittlich gegen 11—18, die zweite durchschnittlich gegen 44½—52½ Meilen directer Entfernung begreift. Für Depeschen von und nach preuß. Stationen ist die Vervielfältigungsgebühr nach dem Satze von 2½ Sgr. zu erheben. Der bei Zurückforderung von Depeschen vor geschehener Abtelegraphirung zu machende Abzug von den zu erstattenden Gebühren beträgt bei Depeschen nach preuß. Stationen nur 2½ Sgr."

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 18½ pCt. Russisch-Papier 18 pCt. Klein Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken. 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 20. Juni. Temp. Wärme 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 3 Fuß 11 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die zum Bau der neuen Bürgerschule erforderlichen auf ca. 1000 Thlr. veranschlagten Töpferarbeiten und auf ca. 500 Thlr. veranschlagten Glaserarbeiten sollen im Wege der Submission verdungen werden, und sind diesfällige Offerten mit der Aufschrift „Submission auf Töpferarbeit" und mit der Aufschrift „Submission auf Glaserarbeit" versehen, spätestens bis

zum 24. Juni cr.
Nachmittags 5 Uhr

uns einzureichen.

Die Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In den Wahlterminen am 13, 17. und 19. d. Mts. zur Ergänzung der Stadtverordneten sind zu solchen gewählt worden:

in der III. Abth. Herr Zimmermstr. **Engelhardt,**
„ „ II. „ „ Maurermstr. **Reinicke jun.**
und „ Kaufmann **A. Henius,**
„ „ I. „ „ Kaufmann **Appolt**
und „ Drechslermstr. **Borkowski.**

Thorn, den 20. Juni 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der auf 1500 Thlr. veranschlagten Eisenarbeiten für die Erneuerung eines Theiles des Oberbaues der Weichselbrücke hierselbst sollen im Wege der Submission verdungen werden, und sind diesfällige Offerten versiegelt mit der Aufschrift „Submission auf Eisenarbeiten" versehen spätestens bis

zum 24. Juni cr.
Nachmittags 5 Uhr

uns einzureichen.

Bedingungen und Zeichnung sind in der Registratur einzusehen.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf verschiedener abgepfändeter Gegenstände, sowie von Nachlaßsachen verstorbener Stadtarmen und Hospitaliten und im Krankenhause verstorbener Personen steht ein Auctions-Termin auf

Mittwoch, den 26. Juni cr.
Vormittags 9 Uhr

zunächst im Rathhaussaale und Nachmittags in dem Bürger- und Elenden-Hospitale, sowie im Armenhause vor dem Kämmereikassen-Buchhalter Herrn **Schwarz** an, wozu Kaufliebhaber eingeladen werden.

Thorn, den 18. Juni 1867.

Der Magistrat.

Ordentliche Stadtverordneten-Sitzung.

Sonnabend, den 22. d. Mts. Nachm. 3 Uhr.

Außer den Vorlagen für die Sitzung am 19. d. Mts. kommen noch zur Erledigung: 1) Antwort des Magistrats, betreffend: a. die Steinrampe am Weichselufer, b. das Risolith am Rathhause, c. die Eckthürmchen auf dem Bürgerschulgebäude; — 2) Mittheilung des Magistrats über die letzten Stadtverordnetenwahlen; — 3) Betriebsbericht der Gasanstalt p. März a. c.; — 4) Mittheilung über einen Einnahmeausfall bei der Armenhauskasse; — 5) Dankschreiben; — 6) Antrag des Magistrats, betreffend die Wahl einer Commission für den Erweiterungsbau des Krankenhauses; — 7) Antrag wegen Ankauf einer kupfernen Badewanne für das Krankenhaus.

Thorn, den 20. Juni 1867.

Der Vorsteher. **Kroll.**

Allen lieben Thorner Freunden auf diesem Wege die freudige Nachricht, daß meine liebe Frau heute Morgen 8 Uhr von einem kräftigen **Knaben** glücklich und leicht entbunden worden ist.

Bromberg, den 19. Juni 1867.

Simon,
Divisions Auditeur.

Die dem Herrn **Julius Louis Kalischer** zugefügte Beleidigung nehme ich zurück und bitte um Entschuldigung.

L. Krüger.

Ueber die mir am 18. d. Mts. gemachte Mittheilung bitte um nähern Aufschluß, da ich sonst an der Wahrheit derselben zweifeln muß.

S. S.



Ein **Flügel** steht zu vermiethen Schülerstr. 414 drei Trep. hoch. Das Nähere zu erfragen Gerechtestr. 126 eine Treppe hoch.

Um schnell zu räumen,

verkaufe ich mein Lager feiner Stahlwaaren als: Tischmesser u. Gabeln, Dessertmesser, Taschen-Federmesser, Rasirmesser u. Streichriemen, so wie feine Scheeren aller Art zu den billigsten Preisen.

Gustav Meyer,
Neustadt Nr. 2.

Zur Aufnahme von Nachlaß-Taxen und Vermögensverhältnissen, empfiehlt sich als gerichtlich vereidigter Taxator **F. Plantz,**
Neustadt 290.

Von heute ab ist täglich **frische Milch** zu haben bei

Wittwe Gajewska,
Gerechtestraße Nr. 122.

Der Ausverkauf von Contobüchern

zu herabgesetzten Preisen dauert nur noch bis

Sonnabend den 22. Juni.

Moritz Rosenthal.

In der Nr. 94 d. Bl. vom 18 Juni ist gesagt:

Auf der Mocker hat sich unter Leitung des Polizei-Commissarius a. D. **Roszczechowski** ein Schutzverein gebildet; hieran ist kein wahres Wort.

Den Patrouillen-Gang habe ich organisirt, die Patrouillen bestehen aus freiwilligen und von mir kommandirten Mannschaften.

Dies bitte ich im Interesse der Wahrheit in Ihrem Blatte aufzunehmen.

Mocker bei Thorn, d 19 Juni 1867.

Schinauer,
Schulzenamt.

Ein des Lesens und Schreibens kundiger unverheiratheter Mann wird sofort zur Beaufsichtigung von Leuten gesucht. Persönliche Meldung ist erforderlich.

Przysiek bei Thorn.

Das Dominium.

Culmbacher Bier

heut vom Faß

Friedrich Schulz.

Gute **Winter-Cervelat-Wurst** à Pfd. 10 Sgr. und **Schweinefleisch** à Pfd. 4 Sgr. 6 Pf.

J. Wistrach,
Seeglerstraße.

Natürliche Mineralbrunnen

in frischer Füllung direct von den Quellen bezogen als:

Adelheidsquelle,
Friedrichshaller Bitterwasser,
Eger Franzbrunnen,
Eger Salzquelle,
Emser Kesselbrunnen,
Emser Krähnchesbrunnen,
Karlsbader Mühlbrunnen,
Karlsbader Neubrunnen,
Krankenheiler Jodsodawasser,
Krankenheiler Jodschwefelwasser,
Kissinger Rakoczy,
Lippspringer Brunnen,
Marienbader Kreuzbrunnen,
Pyrmonter Stahlbrunnen,
Schlesich Ober-Salzbrunnen,
Wittekind Salzbrunnen.
etc. etc.

Ferner Creuznacher, Wittekinder und Colberger Mutterlaugensalz, Creuznacher Mutterlauge, Seesalz, Carlsbader Salz, Krankenheiler Jodsodasalz, Jodsoda- und Jodschwefelseife, Schwefelleber, Stahlkugeln, Jod- und Bromhaltige Schwefelseife zur Bereitung der Aachener Bäder, Laab-Essenz zur Bereitung von Molken, verschiedene medicinische Seifen etc. etc. empfiehlt die Droguerie- und Miniralwasser-Handlung von

Carl Wenzel in Bromberg.

Soeben ist bei **Fr. Brandstetter** in Leipzig erschienen und in Thorn in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** zu haben:

Gedrängtes aber vollständiges

Fremdwörterbuch

zur

Erklärung aller in der Schrift- oder Umgangssprache, in den Zeitungen, sowie in den verschiedenen bürgerlichen und geschäftlichen Verhältnissen

vorkommenden fremden Wörter und Redensarten. Mit genauer Angabe der richtigen Aussprache.

Ein bequemes Handbuch

für jeden Stand und jedes Alter.

Nach den Anforderungen der neuesten Zeit bearbeitet von

P. F. L. Hoffmann.

Elfte tausendfältig verbesserte und auf mehr als 24,000 Wörter vermehrte Auflage.

32 Bogen in Taschenformat.

Preis: geh. 10 Sgr., geb. 12 Sgr.

Eine freundliche Vorderstube nebst Kabinet in der Bel-Etage, ist mit und ohne Burschengelaß und Pferdestall, sogleich zu vermiethen.

J. Liebig.
Neust. Markt 146.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**